

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Geschäftsbedingungen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Beleg-Kassenzettel, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Verhau, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 6-8.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem roten Luch kostet 2,- M. einschließlich Zustellungsgeld. Kleine Anzeigen: Das fertige Druckwort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellungsgeld. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das fertige Druckwort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Druckpreis: Januar 2019, 2045, 4516, 4882, 4835, 4848, 6921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

England und die Entwaffnung Deutschlands

Die erwünschte Wirkung

EE. London, 4. Januar 1920.

Neuer veröffentlicht eine Note über die Entwaffnung Deutschlands, in der es heißt, England sei der Ansicht, daß die deutschen Behörden sich seit der Konferenz von Spaan ehrenhaft ihrer Verpflichtungen entledigen. Es sei wahr, daß eine gewisse Anzahl von Waffen noch verborgen sei, man müsse aber zugeben, daß die deutschen Behörden sich Schwierigkeiten gegenüber befänden, für welche man sie nicht verantwortlich machen könne. Die Abrüstung werde erst dann vollzogen sein, wenn alle in Deutschland befindlichen Waffen abgeliefert sein würden. Die Kontrolle der Alliierten müsse demnach fortgesetzt werden.

Die Herabsetzung der regulären deutschen Truppen auf 100 000 Mann, die bis zum 1. Januar hätte vollzogen sein müssen, hat sich auch im großen ganzen tatsächlich vollzogen. Man werde vielleicht in einigen Wochen erfahren, daß in gewissen Punkten diese Herabsetzung nicht mit der gewünschten Genauigkeit durchgeführt worden sei, das seien aber Einzelfragen, welche die große Linie der vollzogenen Tatsache nicht berühren. Seht sei eine Feststellung in dieser Hinsicht noch unmöglich, da keinerlei Nachrichten hierüber vorliegen, deshalb könne man auch nicht eine endgültige Meinung über die Frage der Sicherheits- und Ordispolizei aussprechen. In jedem Fall seien die Engländer und die Franzosen über die Notwendigkeit, das Abkommen von Spaan zu vollziehen, einig.

Die Einrichtung der Einwohnerwehren, der Ordispol und anderer freiwilliger Formationen sind der einzige Gegenstand, über welchen eine leichte Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich besteht. Diese Meinungsverschiedenheit bezieht sich auf die Raschheit, mit welcher die Verabschiedung dieser Formationen durchgeführt werden soll. Die bedeutendsten Mittelpunkt der Freiwilligenformationen sind Ostpreußen und Bayern, wo die Furcht vor dem Bolschewismus, deren Anwesenheit durchaus als berechtigt erscheinen läßt, so daß dort eine sofortige und vollständige Verabschiedung dieser Formationen nicht willkommen wäre. Nichtsdestoweniger glaubt man aber in England, daß die Stärke dieser Formationen größer sei, als es wirklich notwendig wäre. Die für die Verabschiedung dieser Formationen anzubereitenden Termine müßten den Gegenstand von Besprechungen mit den Franzosen bilden, und das sei einer der Gründe, welcher die sofortige Zusammenberufung einer Konferenz der Ministerpräsidenten rechtfertigen würde. Die Verabschiedung des Ruhrgebietes soll nur im äußersten Notfall erfolgen, d. h. im Falle militärischer Operationen gegen Polen und in Ostpreußen.

Die Engländer betrachten die Vorschriften des Artikels 172 des Friedensvertrages, der sich auf die Verbreitung von Geheimnissen bzgl. Explosivstoffen und chemischen Produkten bezieht, als sehr

wichtig, dessen Vorschriften von Deutschland noch nicht in befriedigender Weise erfüllt wurden. Dennoch wäre es verfrüht, die in dieser Hinsicht zu ergreifenden Maßnahmen, falls solche in Aussicht genommen wären, jetzt schon zu erörtern.

Die englische Note läßt erkennen, daß das Schwanken mit dem roten Luch, das Herr Simons so ausdauernd betrieb, nicht ohne gewisse Erfolge geblieben ist. Die Engländer, die nicht so unter dem unmittelbaren Druck der Vorstellung einer eventuellen deutschen Erstarbung leben wie die Franzosen, sind viel eher geneigt, den Schwierigkeiten des bürgerlichen Deutschlands entgegenzukommen. Die Angst vor dem Bolschewismus ist ungleich größer als der Haß gegen Deutschland. Insofern haben die Herren Kahr und Simons ganz richtig spekuliert. Daß man nicht im entferntesten gewillt ist, den neuen Vorstellungen der französischen Regierung durch glatte Erledigung der Differenzpunkte die Spitze abzubrechen, beweist die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, wonach die bayerische Regierung keineswegs beabsichtigt, sich mit den neuen französischen Forderungen zufriedenzugeben. Man will auch weiterhin das diplomatische Versteckspiel treiben, um Zeit zu gewinnen. Schon in den nächsten Tagen sollen in Berlin Besprechungen stattfinden, zu denen Herr v. Kahr aus München erwartet wird.

Diesem Treiben gegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß weder in Bayern noch in Ostpreußen die Verhältnisse sich von den übrigen Reichsteilen auch nur im mindesten unterscheiden. Besonders gilt das von Bayern, wo man nichts weiter beabsichtigt, als eine kühn bewaffnete Schutztruppe gegen die sozialistische Arbeiterklasse zur Hand zu haben.

Die Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten

Nach einer Meldung des Holländisch Neuwisbureaus wird trotz der vielen sich widersprechenden Nachrichten der Oberke Kat vermutlich Anfang nächster Woche zusammengetreten. Wo, in noch unbekannt. Sämtliche Unterzeichner des Abkommens von Spaan werden an den Beratungen teilnehmen. Der Bericht von Marschall Foch über die Entwaffnung Deutschlands wird dort besprochen werden. Die Konferenz wird erwägen, welche Beschlüsse gefaßt werden sollen. Bekanntlich wird in dem Abkommen von Spaan die Besetzung des Ruhrgebietes vorgesehen. Die französische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß darüber keine Unterhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland mehr zu führen seien. Usher Frankreich werden noch Belgien, England, Italien und Japan an der Konferenz teilnehmen.

Der Geist der Revolution

Durch alle Länder des Erdballes geht eine ungeheure Bewegung der arbeitenden Massen. Sie hat das Proletariat ebenso in den Siegerstaaten wie in den Ländern ergriffen, die im Kriege unterlegen sind. Wenn je ein Wort in Erfüllung gegangen ist, so der Ausspruch, daß es nach dem Weltkrieg keine Sieger und keine Besiegten, sondern nur eine erschöpfte und verelendete Masse geben werde. Aber diese Masse ist jetzt von einem neuen Geist erfüllt. Sie erkennt die Ursache ihres Elends, sie sieht immer mehr ein, daß es nicht allein genügt, einige Auswüchse der jetzigen Gesellschaftsordnung zu beseitigen, sondern daß die kapitalistische Wirtschaft selbst getroffen und umgewälzt werden muß zu einer höheren Ordnung, zu der Ordnung, die der Sozialismus uns lehrt. Dieser Geist hat nicht nur die handarbeitenden Proletarier erfaßt. Er ist eingedrungen in die Köpfe auch der geistigen Arbeiter. Die entscheidende Tatsache unserer Zeit, das ist dieser neue Geisteszustand der Proletariatsmassen.

Die Grundtatsache der kapitalistischen Ordnung ist die monarchische Fabrik. Wie in der Monarchie der Vater dem Sohne die stürmische Gewalt vererbt, so vererbt in der Fabrik der Vater dem Sohne die Unternehmerrmacht. Nicht freie Wahl, die den Tüchtigsten führt, sondern der Zufall der Geburt, des Schachers, der Spekulation legt den Arbeitern ihren Herrn. Wie der Fürst durch seine Beamten, Polizisten, Soldaten das Volk beherrscht hat, so herrscht der Fabrikmonarch durch seine Direktoren, Angestellten, Aufseher über die Arbeiter. Wie das Volk dem Fürsten Steuern mußte, müssen die Arbeiter mit ihrer Hände Wert den Unternehmer bereichern. Sie müssen für ihn arbeiten. Und die Arbeit, die sie zu leisten haben, ist mechanisierte, entgeistigte Arbeit. Der Gelehrte, der Künstler, der Arzt, der Lehrer finden in ihrer Arbeit selbst Befriedigung; sie arbeiten nicht um des Erwerbs willen, denn alle schöpferische, alle wahrhaft geistige Arbeit gibt dem Schaffenden die Freude an seiner Leistung. Auch der Bauer freut sich seiner Arbeit; denn die Saat, die seine Mühe dem Boden abringt, keimt für ihn. Über der Buchhalter, der tagaus, tagein in fremden Mannes Dienst Zahlenreihen abdiert, der Kommis, der tagaus, tagein zu fremden Mannes Ruhen Waren anbietet, der Proletarier, der im Werksaal, dieselben Handgriffe ewig wiederholend, eine Maschine bedient, sie alle können nicht in der Arbeit selbst ihre Lebensfreude finden. Ihr Leben beginnt erst am Feiertag.

Jahrhundertlang hat das Volk diese Ordnung gleichmäßig ertragen; es glaubte, es müsse so sein. Aber ungeheures, alle Seelen aufrüttelndes Erlebnis hat die Massen nun aus dem Banne des Gewohnten befreit. Der Glaube an die ganze überlieferte Ordnung ist erloschen. Der Proletarier fordert nun nicht mehr nur höheren Lohn. Er will mehr. Muß es sein, daß die große, breite Masse ihr Leben lang einer kleinen Minderheit frönt? Ist es ein Naturgesetz, daß er für einen Fremden, den der Zufall der Geburt oder das Spiel der Spekulation ihm zum Herrn gesetzt, arbeiten, sich seinen Geboten unterwerfen muß? Er hat den Kaiser bananagejagt und soll die Herrschaft des Fabrikmonarchen ertragen? Unentragliches wirtschaftliches Elend treibt den Arbeiter nicht nur zu Lohnforderungen; der hungrige Magen revolutioniert das Gehirn, das revolutionierte Bewußtsein setzt sich in Gegensatz gegen die ganze überlieferte Ordnung der Gesellschaft, aus wirtschaftlichem Elend erwächst der Wille zur Republikanismierung der Fabrik, zur Selbstregierung der industriellen Arbeit, zum Sozialismus. Im letzten Grunde gehen alle die sozialen Krisen, die nun alle kapitalistischen Länder erschüttern, die Streikrisen, die Krisen der Arbeitsdisziplin und Arbeitsintensität aus dem völlig veränderten, durch Krieg und Massenelend revolutionierten Massenbewußtsein hervor, das sich gegen die kapitalistische Ordnung auflehnt.

Der Bourgeois sagt, daß die Streiks, die Lockerung der Arbeitsdisziplin, der Rückgang der Arbeitsintensität den Arbeitermassen selbst schließlich schaden; denn nur höchste Anspannung der Arbeitskraft aller könne die durch den Krieg geleerten Speicher wieder füllen, die Warenvorräte vergrößern, die Preise drücken, die Not lindern. Das ist sicherlich wahr. Aber Torheit ist es, den Sturm, der durch die Welt geht, mit Moralpredigten und volkswirtschaftlichen Traktäthen beschwören zu wollen. Die Grundlage der kapitalistischen Ordnung war der Glaube der Massen an ihre Notwendigkeit. Dieser Glaube ist zerstört. Der Kapitalismus gewinnt die Arbeitswilligkeit, Arbeitsfreudigkeit der Massen nicht mehr. Gerade weil es wahr ist, daß nur Arbeit, nur fleißige, hingebungsvolle Arbeit die verelendete Welt wieder zum Wohlstand zurückführen, Europa vor wirtschaftlichem und geistigem Niedergang retten kann, gerade deshalb brauchen wir eine Ordnung der Arbeit, die dem Geisteszustand der Massen entspricht, eine Ordnung, in der der Arbeiter seine Arbeit mit williger Hand und mit leichtem Herzen leistet. Der Kapitalismus ist zur Fessel der Entfaltung der schöpferischen Kraft der Arbeit geworden; die Arbeit muß diese Fesseln sprengen, wenn anders die europäische Volkswirtschaft und die europäische Kultur nicht niedergehen sollen, wie etwa Italien und Spanien im sechzehnten, Deutschland im siebzehnten Jahrhundert niedergegangen sind.

Georgien bedroht!

U. Hellingfors, 4. Januar.

Ein Radiotelegramm aus Moskau gibt bekannt, daß die Regierung von Georgien sich weigert, dem Verlangen, die Grenzgebiete zwischen Georgien und Rußland zu räumen, nachzukommen. In Batum ist das Sowjetregime proklamiert worden.

Berlin, 3. Januar.

Wie die georgische Gesandtschaft mittelst, wurde die letzte Note von Tschitscherin über Batum, die gleichzeitig an die Regierungen von England und Georgien gerichtet war, von der georgischen Regierung mit nachfolgender Note beantwortet:

Die Stadt und der Bezirk Batum sind ein natürlicher und untrennbarer Bestandteil der georgischen Republik. Deshalb dürfen Kundgebungen für die Unverletzlichkeit von Batum, wenn dieser eine Gefahr drohen sollte, von keinem andern herrühren, als von der Regierung Georgiens.

Das georgische Volk, das um den Preis schwerster Prüfungen seine Freiheit errang, wird jeglichem Versuch, seine Hoheitsrechte anzutasten, entschiedensten Widerstand leisten. Wenn Georgien in dieser Frage von irgendwelcher Seite Mißgefühl begegnen wird, wird es dieses als Ausdruck freundschaftlicher Beziehungen zum georgischen Volk dankbar entgegennehmen.

Jeglicher Versuch zur Verletzung der Hoheitsrechte Georgiens muß als ein Ausfluß imperialistischer Bestrebungen erachtet werden, ebenso auch Kundgebungen zum Schutze von Batum, die ohne Wissen und Einwilligung der georgischen Regierung verursacht werden.

Wenn es sich bestätigen sollte, daß die russische Sowjet-Regierung unter Hinweis auf die Ausrufung der „Räterepublik“ in Batum die Lösung des Batumer Bezirks von Georgien verlangt, so wäre dadurch ein Konflikt herbeigeführt, der zu ernststen internationalen Komplikationen führen könnte. Schon mehrfach ist die Batumer Frage in den letzten Jahren aufgerollt worden, so im Sommer 1918, als

die Türken, gestützt auf Deutschland und den deutsch-russischen Zusatzvertrag, die Bezirke Batum, Kars und Ardahan besetzten; dann auch noch vor wenigen Wochen, als die türkischen Nationalisten, gestützt auf ihr Bündnis mit der Sowjet-Regierung, Armenien niederwarfen und ihre Hand nach Batum ausstreckten.

Wenn jetzt die Moskauer Sowjet-Regierung, unter dem fadenförmigen Vorwande der „Unterstützung“ der Batumer „Räterepublik“, die Lösung Batums von Georgien verlangen sollten, so würden sie sich vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt dem Vorwurf aussetzen, daß sie gegenüber der von Sozialdemokraten regierten georgischen Republik in ähnlicher Weise vorgehen, wie ehemals der deutsche Imperialismus und der türkische Nationalismus.

Streikabstimmung der Eisenbahner

Im Direktionsbezirk Berlin haben sich, nach der Meldung eines Berliner Mittagsblattes, bei der gestern abend festgestellten Abstimmung beinahe 81 Prozent der Berliner Eisenbahner für den Streik ausgesprochen. Es wurden nur 3370 Stimmen gegen, jedoch 12153 Stimmen für den bedingten Streik abgegeben.

Am Freitag wird mit dem Deutschen Beamtenbund über die Wünsche der gesamten Beamenschaft verhandelt werden. Die Vertreter der Eisenbahnerverbände haben gestern die Forderung gestellt, daß für alle Beamten Erhöhungen bewilligt werden. Diese sollen für die unterste Gehaltsklasse 90 v. H., für die oberste 55 v. H. der bisherigen Zuschläge betragen. Die Verhandlungen wurden vom Staatssekretär der Reichskanzlei Ullbergt geführt, der die Bereitwilligkeit der Regierung zu Diskonahmen für die Beamenschaft betonte.

Tagelohnerhöhung im englischen Bergbau. Infolge der Vermehrung der Kohlenherzeugung erhalten die englischen Bergarbeiter auf Grund des Abkommens der Gewerkschaften mit der Regierung im Januar eine Erhöhung des Tagelohns von 3 Schilling 6 Pence.

Es bleibt beim alten!

Kleine frühere Einberufung des Reichstags

Heute vormittag trat der Verfassungsausschuss des Reichstags zusammen, um über den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie auf sofortige Einberufung des Reichstags zu verhandeln. Genosse Crispian begründete wiederholt diesen Antrag. Von den Kommunisten schloß sich ihm Adolph Hoffmann an. Die Vertreter aller übrigen Parteien, mit Einschluß der Rechtssozialisten, wandten sich gegen diesen Antrag; sie waren nicht für die sofortige Einberufung des Reichstags, sondern hielten es für genügend, wenn der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zusammenstele. Der Vorsitzende dieses Ausschusses soll um dessen Einberufung er sucht werden.

Wenn die Mehrheit wirklich die augenblickliche Lage, die besonders in der Entwaffnungsfrage sich immer mehr kompliziert, nicht als dringenden Grund für die sofortige Einberufung des Reichstages gelten läßt, so beweist das am allerbesten, was es mit dem Gerede dieser Leute von der vollendeten Demokratie auf sich hat. Man überläßt die Führung in diesen schwerwiegenden Konflikten den zuständigen Ministerien oder dem Kabinett. Der Reichstag darf, nachdem der Schlüsselpunkt unter die Dinge gesetzt ist, auch sein Wortchen dazu sagen. Womit wiederum nur bewiesen ist, daß er nichts anderes als eine Redemaschine ist, über welchen Tatbestand vor gar nicht allzulanger Zeit Reichstagspräsident Loebe in seinem Blatt, der Breslauer „Volkswacht“, bewegliche Klagen geführt hat.

Selbst ein bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, hat die jetzige Lage als außerordentlich ernst bezeichnet. Und das Blatt des Herrn Loebe, die Breslauer „Volkswacht“, schrieb noch am 31. Dezember über den unabhängigen Antrag:

Die Parteileitung bemerkt hierzu, sie erwarte, daß der Reichstagspräsident diesem Antrag nachkommt und das Parlament sofort zusammenberuft. So erde schon zum Skandal aus, in welcher Weise die Regierung in dieser gespannten Situation ihr Spiel mit der Öffentlichkeit treibt.

Was die Unabhängigen fordern, wird von der Sozialdemokratie unterstützt, da bereits seit mehreren Tagen unsere gelamte Vertriebspreise fordern, daß der Reichstag über die wichtige Angelegenheit der Entwaffnung mitsprechen hat und daß das deutsche Volk über die kritischen Fragen unterrichtet wird.

Im Verfassungsausschuss aber haben die Rechtssozialisten gemeinsam mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien gegen unseren Antrag gestimmt. Sie sind also mitschuldig an dem Skandal, wie das Blatt des Herrn Loebe diese ganze Angelegenheit nannte!

Ein neuer Muehelnord

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht folgende Meldung aus Hamburg:

In der Nacht vom 28. zum 29. Dezember ist der Genosse Paul Hoffmann in Hensburg von weisgardistischen Märdern gemordet worden.

Ein Spiegel mit Namen Paul Reichert wollte den Genossen Hoffmann zwingen, für ihre Verichte über kommunistische Verammlungen abzuschaffen. Als Genosse Hoffmann dies ablehnte, erschien der Reichert in Begleitung von Sipomannschaften in seiner Wohnung. Die Wohnung wurde gewalttätig aufgebrochen, der Genosse Hoffmann verhaftet und im Auto nach der Kaserne gebracht.

Am nächsten Morgen bekam die Frau Hoffmanns in der Kaserne die Leiche ihres Mannes zu sehen. Der Führer der Weisgardisten, Major Plaskow, suchte die Ermordung Hoffmanns mit den üblichen Lügen zu rechtfertigen. So wurde behauptet, Hoffmann habe einem Wastmeiler, der ihn in den Kasernehof transportieren sollte, einen Stoß vor die Brust gegeben, um entfliehen zu können. Darauf habe die Begleitmannschaft nach dreimaligem Hastreifen zwei Schüsse abgegeben. In demselben Augenblick seien ein paar Schüsse aus der Kaserne gefallen.

Das Ganze soll sich um 6 Uhr morgens abgepielt haben. Die Wunden, die Hoffmann am Hals hatte, lassen deutlich erkennen, daß die Schüsse aus der Nähe abgegeben worden sind. Dadurch ist die Geschichte von dem „Fluchtversuch“ von vornherein als Lüge gekennzeichnet.

Da hier gegebene Darstellung läßt deutlich erkennen, daß Hoffmann nach dem bekannten Vorbild, wie bei der Ermor-

dung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Jogisches, Landauers, Dorrenbachs, der Mechterstädter Gefangenen usw., meuchlings gemordet worden ist. Der Mord wurde in der Kaserne der Hensburger Sicherheitspolizei verübt, die sich damit als würdige Nachfolgerin der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und ähnlicher Mörderbanden erwiesen hat. Zweifellos wird die Regierung, wie stets in solchen Fällen, eine strenge Untersuchung anordnen. Das Ergebnis wird ungefähr so ausfallen wie die Antwort des Führers der Sicherheitspolizei, des Majors Plaskow, der die Ermordung Hoffmanns mit dem traditionellen Märchen vom „Fluchtversuch“ rechtfertigte. Sollte es schließlich dennoch zu einer Gerichtsverhandlung kommen, so brauchen die Angeklagten keine Sorgen zu haben. Eine fürsorgliche Justiz wird für die Rehabilitierung der Mörder sorgen und die rechtsstehenden Partieren werden sie, wie im Falle des Mörders Kurt Eisners, zu Märtyrern der „nationalen Sache“ erklären.

Deutschland, „die fromme Kinderstube“, ist heute das Dorado des Muehelnordes, ausgeübt von den Weisgardisten und „geschicklich geschick“ von allen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft. O, weiche Luft, ein Deutscher zu sein!

Ein politischer Prozeß

Morgen, Mittwoch vormittag, findet vor der Strafkammer des Landgerichts I der Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“, Genossen Liebknecht, statt. Bekanntlich ist Genosse Liebknecht der Uebersetzung des verurteilten § 130 des Strafgesetzbuches (Aufstachelung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander) angeklagt. Man darf immerhin gespannt sein, wie das Gericht die nach jeder Richtung hin völlig unbegründete Anklage behandeln wird.

Der Appetit des Eumberländers

Das staatliche Presseamt des Freistaats Braunschweig wendet sich gegen die Behauptung des Vertreters des vormaligen Herzogs von Braunschweig, wonach das Ministerium die Forderungen des herzoglichen Hauses in wesentlichen Punkten unrichtig wiedergegeben haben soll, und erklärt: Der Vertreter des Welfenhauses hat nach Belanngabe der herzoglichen Forderungen im Landtag einige unwesentliche Aenderungen an dem Verhandlungsprotokoll veranlaßt, durch die indes die in der ersten Mitteilung bekanntgegebene Höhe der Forderungen selbst in keiner Weise berührt ward. Die erste Mitteilung, wonach der fünfte Teil aller zum Kammergut gehörenden Domänen, das Schloß Blankenburg, das Landgeseß, das Landesmuseum und die Mobliien sämtlicher Hofstaatsgebäude gefordert werden, entspricht durchaus den Tatsachen.

Die herzogliche Abdankungsurkunde als Schacherobjekt

Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, ist dem braunschweigischen Staatsministerium bekannt geworden, daß die Abdankungsurkunde des Herzogs Ernst August von Braunschweig vom 7. 11. 1918 dem herzoglichen Hause in Gmunden zum Kaufe angeboten worden ist. Die Nachforschungen hätten ergeben, daß das Angebot von dem früheren Präsidenten des Freistaates Braunschweig, dem Schneider August Merges, dem jetzigen Besitzer der Urkunde, ausgegangen ist.

Das Flugzeugbauverbot

Orgeß und Einwohnerwehr als Schädlinge

Am 29. Dezember fand im „Abelgold“ eine Verammlung aller Betriebs- und Angestelltenräte der Deutschen Flugzeug- und Motorindustrie und des Deutschen Luftverkehrs statt. In ihr nahmen offizielle Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Metallarbeiter-Bundes teil. Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes gab vor allem die Maßnahmen bekannt, die auf der 10. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschlossen worden sind. Darauf berichteten die Angestellten- und Betriebsräte Ljenzowski und Berger über alle die Schritte, die sie bisher unternommen haben im Auftrage der gesamten Arbeiterschaft, die im Flugzeugbau und im Luftverkehr beschäftigt ist, sowie im Auftrage der Verbände, die sich solidarisch erklärt haben.

Die Verammlung beschloß sich dann mit den von der Entente angebrochten Maßnahmen, den deutschen

Flugzeugbau und den Luftverkehr völlig lahmzulegen. Es herrschte völlige Einmütigkeit, sich mit allen legalen Mitteln gegen diese Maßnahmen zu wehren und sich vor einer Brotlosmachung und Ernährungsnot mit äußerster Energie schüten. In der Debatte wurde von zahlreichen Rednern das Bedauern ausgedrückt, daß die Regierung durch ihre Einwohnerverwehren ihre Stellung der Entente gegenüber ernstlich erschwärt habe, und es wurde befürchtet, daß dies schädlich auf die schwebenden Flugzeugangelegenheiten wirken könnte. Am Schluß der Sitzung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund werden ersucht, weiterhin auf die Arbeiterschaft in den Entente-Ländern einzuwirken, daß sie alle Schritte unternimmt, um die ungerächterigsten Maßnahmen der Entente abzuwehren. Gleichzeitig wurden die beiden großen Verbände aufgefordert, nichts zu unterlassen, um bei unserer Regierung darauf zu dringen, daß die Entwaffnung der Orgeß und der Einwohnerwehren nun endlich durchgeführt werden, damit unserem Vaterlande nicht noch weitere unermessliche Schäden durch Entente-Maßnahmen bevorstehe.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß das Flugzeugbauverbot der Entente in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß große Mengen von Flugzeugmaterial für die Orgeß verschoben worden sind. Für diese nicht abgelieferten und verschobenen Materialien hat die deutsche Regierung bereits 50 Millionen Mark Schadenersatz zahlen müssen; weitere Forderungen sind angemeldet. In den letzten Tagen kam aus Köslin in Pommern folgende Meldung:

Auf dem Grundstück Danziger Straße 80, das der Major a. D. n. Fuchs bewohnt, wurde Flugzeugmaterial im Werte von mehreren Millionen Mark durch die Kriminalpolizei beschlagnahmt. Es handelt sich um verheimlichtes Heeresgut. In der Scheune des Landhauses wurden 19 große Kisten, 8 mittlere und 14 kleinere Kisten beschlagnahmt und auf Kollwagen abtransportiert. Die neunzehn großen Kisten enthalten anscheinend Flugzeugmotoren, die übrigen waren mit kostbaren Instrumenten zur Aufnahme von Fliegerphotos gefüllt. Die Sachen wurden in das Versteck gebracht, um sie vor dem Zugriff der Entente zu schützen.

Dem Schiebermajor wird natürlich nichts geschieden. Er hat ja im „vaterländischen Interesse“ gehandelt. Wenn aber die deutsche Flugzeugindustrie tatsächlich lahmgelegt werden sollte, dann weiß man, wer in erster Linie dafür verantwortlich zu machen ist, neben den schiebenden Offizieren die Regierung, die die Schieber nicht zur vollen Verantwortung läßt!

Nichtigstellung. Das von uns wiedergegebene Spiehdokument, welches sich mit der Durchreise der Frau Saboull nach Frankreich befaßt, stammt nicht vom preußischen Staatskommissariat zur Ueberwachung der öffentlichen Ordnung, sondern vom Reichskommissar. Wir haben nämlich zwei bezerrigte Institute; eins für Preußen, eins fürs Reich. Sie kosten eine häßliche Menge Geld, können aber, wie der Kapp-Putsch zeigte, die Gegenrevolution in ihrem Treiben nicht stören.

Ein Kabinett Paschisch in Südamerika. Die Reuektion des südlawischen Kabinetts unter dem Borst von Paschisch ist erfolgt. Paschisch selbst hat im neugebildeten Ministerium das Portefeuille für auswärtige Angelegenheiten übernommen, Trifkowskij die Justiz, Drastowitsch das Innere und vorläufig auch die öffentlichen Arbeiten, Stojanowitsch die Finanzen, General Brants die Heeresangelegenheiten.

Endgültiger Schluß der Feldensbahn d'Annunzios. Wie die italienischen Blätter melden, ist das Abkommen zwischen den Vertretern Fiumes und dem General Ferrario endgültig unterzeichnet worden. Die Bitte d'Annunzios, die der Spitze der Legionäre Fiume verlassen zu dürfen, wurde nicht bewilligt.

Neue gewerkschaftliche Tageszeitung in Frankreich. Das Syndikalistblatt „La Bataille“ hört mit dem heutigen Tage auf, eine Tageszeitung zu sein. Es wird künftig nur noch halbmonatlich erscheinen. An seiner Stelle gibt der Allgemeine Arbeiterverband C.G.T. seit dem 1. Januar eine neue Tageszeitung heraus, die den Namen „Le Peuple“ führt.

Der Kongreß der Gewerkschaftsgesellschaften verläßt. Das Exekutivkomitee des provisorischen internationalen Rates der roten Gewerkschaften teilt mit, daß der internationale Kongreß, der am 1. Januar 1921 einberufen werden sollte, technischer Verhältnisse halber auf den Frühling habe verlegt werden müssen.

Englische Arbeiterpartei in der Ukraine. Am kommenden Sonnabend treffen in Prag fünfzehn Mitglieder der englischen Arbeiterpartei zu einem mehrwöchigen Studienaufenthalt ein. Unter den Teilnehmern befinden sich Thomas, Edamson und Henderson.

Lohnkämpfe in der Staatsoper

Die Mitglieder der Staatsoper befinden sich seit einiger Zeit in einer Lohnbewegung, über die wir schon mehrfach berichtet haben. Ihren Ursprung hat sie in den erbärmlich niedrigen Gehältern der Angestellten, denen erst jetzt, bei dem ungeheuer gestiegenen Existenzminimum, das Wasser in die Röhle gestiegen ist. — was bekanntlich ein vorzügliches Mittel zur Erweckung des Klassenbewußtseins ist. Während es verhältnismäßig leicht ist, Bureaubeamte in eine bestimmte Gehaltskategorie einzureihen, läßt dies bei Künstlern auf wesentliche Schwierigkeiten, da die Vorbildung, der Fleiß, die Verdienarbeit auch nicht entfernt entschädigt werden können. Infolgedessen hat die Einreihung in die neue Besoldungsordnung die Orchestermitglieder nicht befriedigt. Während es bereits gelungen ist, zwischen Intendant, Chor und Ballet ein Einvernehmen herzustellen, scheiterte dieses beim Orchester an einer Frage, die, wie auch wir als Vertreter der Angestellteninteressen zugeben müssen, nicht allein rein gewerkschaftlich zu lösen ist.

Das Gehalt, das der Staat den Orchestermitgliedern bietet, ist zweifellos so niedrig, daß sie davon allein nicht leben können. Die Musiker waren aber auch früher dem Gehalt nach solche Protesten, daß sie im Volke der Dichter und Denker längst ausgestorben wären, wenn sie nicht Nebeneinnahmen gehabt hätten. Diese Nebeneinnahmen waren stets zum Teil unerlaubt. Noch heute bezieht das Orchester der Staatsoper solche „unerlaubte“ Nebeneinnahmen durch seine Konzerte in Potsdam und Spandau. Die Intendanz hat bisher ein Auge zugeknipst, aber jetzt ist sie im Begriffe, es aufzumachen und wohl nicht wieder zu schließen, da der gegenwärtige Lohnkampf der Orchestermitglieder den prinzipiellen Anspruch enthält, daß sie sich, wo und wie immer, Nebeneinnahmen verschaffen dürfen, wenn nur der Theaterbetrieb darunter nicht leidet. So hat sich denn das Orchester bereits einem Berliner Agenten verbündet, der fünf Orchesterkonzerte in der „Scala“ veranstalten, sich die Einnahmen behalten, aber jedem Musiker für die fünf Konzerte zusammen je 500 Mark garantieren will. Wir können den Künstlern des Orchesters diese riesige Nebeneinnahme (die tausende Schieber in Berlin alljährlich zwischen Abendbrot und Schlafengehen mit nichts als nichts verschlendernd) von Herzen, aber wir verstehen auch die Bedenken und den Widerspruch der Staatsoper dagegen, daß das Orchester sich in dem Umfang selbständig machen will.

Die Staatsoper möchte, wenn wir recht unterrichtet sind, den Künstlern diese kleine Nebeneinnahme nicht schmälern. Sie bietet

ihnen daher an, daß diese Konzerte stattfinden, aber nicht als Veranstaltungen eines Berliner Agenten, sondern offiziell und unter finanzieller Gewinndeteiligung des Orchesters. Daß alle Teile der Oper sich selbständig machen — wie z. B. schon der Chor, der am 9. Januar ein eigenes Konzert gibt — ist selbstverständlich unmöglich. Das würde das künstlerische Ende der Oper bedeuten. Gewiß, wir würden das übersehen, denn Schlimmeres ist verloren gegangen. Solange die Oper aber ein jährliches Defizit von 9 Millionen hat, das aus den Taschen der Steuerzahler gedeckt wird, und von einem kapitalistischen Interesse, das die Intendanz vom Orchester trennt, nicht die Rede sein kann, müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Einheit des Theaters zu erhalten — natürlich nicht auf Kosten der Orchestermitglieder. Und solange das Orchester Gelegenheit hat, bestimmte Nebeneinnahmen durch die Sonderveranstaltungen der Oper zu verdienen, muß dem Orchester mit Recht verwehrt werden, sich die gleichen Nebeneinnahmen durch Veranstaltungen einer Agentur zu verschaffen.

Der Kampf des Orchesters kann nur einen Sinn haben: sich prinzipiell das Recht auf selbständige Orchesterkonzerte in Berlin zu erkämpfen. Wenn es gelingt, wird es selbstverständlich sozial konzentrieren, als es Geld braucht. Das ist aber unmöglich. Das bedeutete das Ende der Staatsoper in ihrer gegenwärtigen Form und selbstverständlich auch das Ende der 9 Millionen Subvention durch den Landtag, die künstlerisch nicht mehr zu verantworten wäre.

Der Auflösungsprozeß unserer Wirtschaft hat unerwartet schnell und scharf auch die Staatsoper ergriffen. Hier gegenüber gibt es kein Aus zu schaffen. Und dies ist: der Theaterbetrieb zu vervielfachen, oft und an vielen Orten, bei möglichst geringen Selbstkosten, zu spielen, und an den so gewonnenen Gesamteinnahmen die Mitwirkenden, vor allem: Orchester, Ballett und Chor, gehörig zu beteiligen. Dies ist der einzige Weg, das Theater als Betriebsmittel zu erhalten und die materielle Lage der Arbeitnehmer wesentlich zu verbessern. F. S.

Gegen nationalistische Filme. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit richtet an Haenrich eine Eingabe gegen chauvinistische Filme. Es wird dabei auf einen jetzt in Berlin vorgeführten Film verwiesen, in dem französische Besatzung in Hessen Frauen und Mädchen zu verewaltigen sucht und auf der Straße überfällt. Einem Ruf zum bewaffneten Widerstand folgt eine Straßenkämpfe mit Toten und Verwundeten, wobei selbst bewaffnete Frauen nicht fehlen!

Das Jahr 1921

Kalenderdaten und Himmelercheinungen

Mit dem neuen Jahre begann das dritte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Es ist ein Gemeinjahr von 365 Tagen, von dem wir hoffen wollen, daß es uns recht erfolgreiche Kämpfe bringen wird. Ostern fällt, wie man weiß, stets auf den ersten Sonntag nach dem ersten Vollmond des Frühlings, und da im neuen Jahre der erste Frühlingssollmond am Mittwoch, den 23. März fällt, so ist am darauffolgenden Sonntag, den 27. März, Ostern. Es ist der früheste Ostertermin seit dem Jahre 1913, in dem wir bereits am 23. März Ostern hatten; es wird auch wieder länger als ein Jahrzehnt dauern, ehe Ostern auf einen gleich frühen Termin fällt. Erst im Jahre 1932 wird das der Fall sein. Ueberhaupt folgen jetzt sieben Jahre, in denen das Osterfest in den April fällt. Im Jahre 1922 wird Ostern am 16., 1923 am 1., 1924 am 29. April sein. Erst im Jahre 1929 fällt Ostern wieder in den März und zwar auf den 31.

Der frühe Ostertermin bedingt, wie gesagt, ebenso frühe Termine für die anderen bemöglichen Feste. So fällt Himmelfahrt auf den 5. Pfingstsonntag auf den 15. Mai, und bereits am 7. Februar ist Fastnachtsontag!

Nicht eben günstig für die Freunde festlicher Ruhe liegen am Schluß des neuen Jahres die Weihnachtstage. Sie fallen auf Sonntag und Montag, und da demgemäß auch der Neujahrstag 1922 ein Sonntag sein wird, so gibt es dann nur einen einzigen Festtag außer der Reihe.

Im Jahre 1921 gelangt, wie Stengel in der „Astronomischen Zeitschrift“ erwähnt, die Erde am 1. Januar um 3 Uhr vormittags in ihre Sonnennähe, und am 4. Juli, um 9 Uhr vormittags in Sonnenferne. Der Frühling beginnt am 21. März um 5 Uhr vormittags, die Termine des Beginns der übrigen Jahreszeiten sind 22. Juni, 23. September und 22. Dezember.

Im letzten Viertel des Jahres 1921 werden die hellen Planeten wiederholt interessante Begegnungen am Himmel haben. So kommen sich am 3. Oktober Venus und Mars am Morgenhimmel ganz ungewöhnlich nahe; am 22. Oktober geht Venus in der Entfernung einer halben Vollmondbreite am Saturn und am 25. Oktober in der gleichen geringen Entfernung am Jupiter vorüber. In diesen Tagen werden Venus, Mars, Jupiter und Saturn in unmittelbarer Nähe beieinander stehen. Am 14. November geht Mars eine knappe Vollmondbreite südlich vom Saturn vorüber, und in der Nacht zum 27. November kommen sich Mars und Jupiter bis auf die ungemein geringe Entfernung von nur zehn Bogensekunden nahe.

Moskau oder Amsterdam?

Die Berliner Holzarbeiter gegen die Gewerkschaftszersplitterung

Die Betriebsräte, Generalversammlungsdelegierten sowie alle übrigen Funktionäre der Berliner Gewerkschaften des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschäftigten sich am Montag in den Kammerkassen mit dem Thema: Moskau oder Amsterdam. Vor mehreren tausend Funktionären, die den Riesensaal bis in die letzte Ecke füllten, referierte unser Genosse Dr. Herz, der Kommunist Brandler trat ihm als Korreferent entgegen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde von einem Funktionär zur Geschäftsordnung eine Resolution eingebracht, in der die bekannten 5 Punkte der Stuttgarter Metallarbeiter enthalten waren. Es wurde sofortige Abstimmung verlangt, worauf die Versammelten ohne jede Diskussion, aber nur, um den weiteren ungehinderten Verlauf der Versammlung nicht zu gefährden, diese Resolution gegen wenige Stimmen annahm.

Genosse Herz führte aus: Der Krieg hat die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft erschüttert. In Deutschland wurde in den folgenden Jahren der Revolution das Chaos vergrößert. Die Handels- und Kreditbeziehungen wurden gestört, die Produktionsmittel zum großen Teil vernichtet. Dadurch wurde der Wiederaufbau der Kapitalisten unmöglich gemacht. Trotzdem versuchten die Kapitalisten auf Kosten der Arbeiterklasse ihre Macht zu befestigen, indem sie alle Kräfte aus dem herrschenden Finanzkapital, aus Leuzerung und Arbeitslosigkeit auf die Schultern der arbeitenden Klasse abwälzten. So ist der Kapitalismus zu einem Hemmnis der Wiedergesundung des Volkswesens geworden. Die Löhne der Arbeiter fielen nicht im entferntesten Schritt mit dem Anwachsen der Aufwendungen für die Lebenshaltung. Nach jedem Lohnkampf, der von den Gewerkschaften geführt wurde, zeigte sich, daß jede Lohnverbesserung von der inzwischen sich fortsetzenden gewaltigen Verteuerung der Lebenshaltung aufgezehrt wurde. Daraus haben die Arbeiter erkannt, daß die Kampfmethoden in den Gewerkschaften auf eine andere Grundlage gestellt werden müssen. In den anderen Ländern liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Deutschland. Die Arbeiterklasse hat erkannt, daß der Kampf nicht um Reformen geführt werden darf, sondern zugespitzt werden muß auf den

Direkten Kampf gegen den Kapitalismus.

Schon aus diesem Grunde kann es für die Arbeiterklasse weder national noch international ein Zusammenarbeiten mit der Kapitalistenklasse in den Arbeitsgemeinschaften geben. Bereits Marx hat gezeigt, daß es zwischen Kapitalisten und Arbeitern keine Gemeinschaft, sondern nur heftigsten Klassenkampf gebe.

Wenn wir für diese Anschauungen kämpfen wollen, so müssen wir diesen Kampf aber innerhalb der Gewerkschaften führen. Wir dürfen deshalb auch keine Politik treiben, die zur Isolierung von klassenbewußten Proletariermassen führen könnte. Diese Gefahr ist aber groß, wenn verwirrende Parolen in die Massen hineingeworfen werden. Dafür haben wir in den Geschichts der Arbeiterbewegung viele Beispiele. Wir wissen, daß es in den Gewerkschaften aller Länder heute noch Führer gibt, die den Kampf in der alten reformistischen Form führen wollen. Es ist aber falsch, zu denken, daß ein paar Führer gegen den Willen der Massen die reformistische Politik führen könnten. Es ist die Niederträchtigkeit dieser Kreise des Proletariats, die den Führern diese Taktik ermöglicht. Gegen beide Erscheinungen müssen wir unsere Kampfkraft richten. Heute können wir aber feststellen, daß in allen Ländern in den Gewerkschaften eine gewaltige Revolutionierung der Geister erfolgt ist. Der Krieg war die Ursache dieser Revolutionierung, die ganz besonders in der Gewerkschaftsinternationale ihren Ausdruck findet. Das Vordringen der Gewerkschaftsinternationale hat sich während der letzten Jahre grundlegend geändert. Hatte sie früher rein sachliche Aufgaben zu lösen, deren Höhepunkt die Verhinderung des internationalen Streikbruchs war, so ist heute infolge der veränderten ökonomischen Verhältnisse und auch der Denkweise der Massen der Gewerkschaftsinternationale ihr Aufgabengebiet bedeutend erweitert worden. Schon die Wiederanerkennung der Beziehungen der internationalen Gewerkschaften ist ein Zeichen, daß in der Auffassung der Tätigkeit der Gewerkschaftsinternationale sich eine neue Wendung vollzogen hat. Aber auch durch Taten hat die Amsterdamer Internationale bewiesen, daß sie gewillt und in der Lage ist, den direkten Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. (Widerpruch.) Ich ermahne nur an den

Beifall gegen Ungarn und Polen.

(Zuruf: Ist aber nicht durchgeführt worden!) Wenn der Boykott nicht durchgeführt worden ist, so hat daran nicht das Amsterdamer Bureau Schuld, sondern die Gewerkschaften in den einzelnen Ländern und die in ihnen organisierten Proletariermassen. Ich erinnere nur daran, daß beispielsweise in Belgien, als die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes die Einstellung der

Waffenproduktion proklamierte, die Aktion an dem größten Widerstand einer großen Anzahl von Arbeitern scheiterte. Dieses Beispiel läßt sich auf die von Amsterdam proklamierte Aktion erweitern. Damit ist der Beweis erbracht, daß nicht den Führern der Mut fehlt, zu Aktionen aufzufordern, sondern die Ausführung dieser Aktion an der mangelnden Einsicht großer Teile des Proletariats scheitert. (Allgemeines Sehr richtig!)

Im Gegensatz zu den bisherigen Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskonferenzen hat sowohl der internationale Bergarbeiterkongress wie auch der internationale Gewerkschaftskongress die Ende 1920 in London tagenden haben, durch ihre festgelegten Beschlüsse ihr Ziel und ihren Aufgabenteil ganz enorm erweitert. Diese Beschlüsse zeigen sich bereits jetzt in ihrer Auswirkung. Wer nun glaubt, durch Gründung der neuen Gewerkschaftsinternationale die gestellten Ziele schneller zu erreichen, der möge bedenken, daß dadurch die Kreise in den Gewerkschaften gefördert werden, die noch heute reformistischen Gedankengängen nachhängen. Wenn eine neue Internationale gegründet wird, so kann diese sich naturgemäß nicht einstellen zum alleinigen Kampf gegen den Kapitalismus, sondern wird ihn in erster Linie führen

gegen die alte Gewerkschaftsinternationale.

Im Interesse der Arbeiterklasse der ganzen Welt aber liegt es, daß alle proletarischen Kräfte eingepaßt werden im Kampf gegen den Kapitalismus zur Erringung des Sozialismus. Wenn der Londoner Gewerkschaftskongress sich dahingehend festgelegt hat, international den Kampf für die Sozialisierung mit allen Mitteln zu führen, so ist damit schon heute dem Proletariat eine Aufgabe gestellt, deren Erfüllung in ihrem eigenen Interesse gefordert werden muß. Nur wenn hinter solchen Beschlüssen der Massenwille der Arbeiterschaft steht, können sie verwirklicht werden. Aus Moskau ist nun aber eine andere Politik gekommen. Daraus ist zu ersehen, daß Moskau gewillt ist, einen Teil der Arbeiterklasse gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse ins Feld zu führen. Wir dagegen sind fest entschlossen, in direkten Aktionen den Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu führen.

An der Hand von Beispielen erbringt Genosse Herz den Beweis, daß die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder gar nicht daran denken, den Moskauer Parolen Folge zu leisten. Weiter zeigte er, daß die Moskauer Gewerkschaftsinternationale nur aus Splittlern in einzelnen Ländern besteht. Wenn die Bestrebungen Moskaus verwirklicht werden und die Gewerkschaftsinternationale gespalten wird, so muß das mit logischer Folge

die Spaltung der Gewerkschaften national

nach sich ziehen. Daß damit die Aktionskraft der Gewerkschaften und damit der Arbeiterbewegung überhaupt nicht nur geschwächt, sondern darüber hinaus lähmgelegt wird, muß für jeden Einseitigen leicht zu erkennen sein. Wir wollen den Kampf innerhalb der Gewerkschaften nach wie vor führen gegen die Bürokratisierung und Autokratie. Aber wir wollen die Einheit der Gewerkschaften erhalten. Wir müssen bedenken, daß die Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern verschieden sind und unsere Taktik danach einrichten. Wenn alle Kräfte, die in den Gewerkschaften schlummern, zur erhöhten Aktivität sich reigen und sie dann international zusammengesetzt werden in einer einzigen Internationale, kann der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse erfolgreich geführt und dem Sozialismus die Wege geebnet werden. (Langanhaltender, starker Beifall.)

Korreferent Brandler,

der glaubt, in seinen einleitenden Sätzen mit der starken Gegenkraft aus der Versammlung zu kämpfen hat, wendet sich dagegen, daß der Referent versucht habe, es so darzustellen, als wenn von der Amsterdamer Internationale alles Heil ausgehen würde. (Zuruf: Hat es gar nicht getan!) Von der Moskauer Internationale hat er behauptet, sie betreibt die Spaltung der Gewerkschaften. Beides ist falsch. Die Kommunisten führen den Kampf nicht gegen Personen, sondern gegen eine gewisse Selbstsicht. Die Amsterdamer Internationale führe heute zwar andere Lebensarten im Grunde als während des Krieges, wir Kommunisten aber haben uns abgewöhnt, auf die Reden zu hören, die unsere Führer halten. (Allgemeines Gelächter.) Die Beschlüsse des Londoner Kongresses seien in der Form etwas anders, in der Praxis aber genau so zu bewerten als die früher gefaßten. Brandler besprach dann die Taktik der Kommunisten in den deutschen Gewerkschaften. Sie verlangen von ihren Mitgliedern, daß sie mit aller Kraft in den Gewerkschaften für die Verbesserung ihrer Lage kämpfen müssen. Da aber die Lohnkämpfe allein heute nicht mehr genügen, haben wir

andere Parolen herausgegeben,

so die Parole der Kontrolle der Produktion. Der Kampf um die Produktionskontrolle bedingt aber die völlige Aufgabe der Ar-

beiter. Die erste Kaffeeplantage von 2850 Hektar. Befanntlich diente die Pflanzung als Verteidigungswall gegen die innerasiatischen Nomaden. Gegen die andauernden Angriffe der Naturgewalten erwies sie sich indessen als unzulänglich. Die Dünen, die der durch den Wind aus der Wüste Gobi herangeführte Sand bildet, schoben sich immer näher an die Mauer heran und verschütteten weite Strecken des Gemäuers, so daß Jahr für Jahr ein Kilometer nach dem anderen dem Sande zum Opfer fiel. Dazu kommt, daß die Chinesen den schweren Fehler begangen haben, das Land abzuholzen, was zur Folge hatte, daß die Wüste sich unaufhaltsam ins Innere verschiebt. Wenn diesem Fortschreiten nicht ein Ziel gesetzt wird, so entsteht die Gefahr, daß weite Landschaften unbewohnbar werden. Das einzige Mittel, dieser Gefahr zu begegnen, besteht darin, Bäume in einer Diale von einem Kilometer anzupflanzen. Mit Hilfe einer geeigneten Bewässerungsanlage würde man die neugeschaffene Wäldzone wieder urbar machen können.

Sprechchor für die Proletarischen Feiertunden. Die Verbands-Bildungskommission teilt mit: Der Sprechchor hat es sich zur Aufgabe gemacht, im Rahmen der Proletarischen Feiertunden Vorträge, nicht durch Gesang, sondern durch das gesprochene Wort im Chor zu Gehör zu bringen. Mit der Ausführung von Tolkers „Tag des Proletariats“ hat der Sprechchor allgemeinen Beifall gefunden. In der neuen Reihe der Proletarischen Feiertunden, die am 18. Januar beginnen, wird Bruno Schönlanks Weisheit: „Erlösung“ zur Ausführung kommen.

Die Übungsstunden des Sprechchors finden jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums in der Steinstraße statt. Neue Mitglieder, sprachbegabte Männer, Frauen und Jugendliche sind sehr willkommen. Anmeldungen in unserem Bureau, Breite Str. 88, oder in den Übungsstunden.

Tages-Notizen

Erster. Die erste Kaffeeplantage von 2850 Hektar. Befanntlich diente die Pflanzung als Verteidigungswall gegen die innerasiatischen Nomaden. Gegen die andauernden Angriffe der Naturgewalten erwies sie sich indessen als unzulänglich. Die Dünen, die der durch den Wind aus der Wüste Gobi herangeführte Sand bildet, schoben sich immer näher an die Mauer heran und verschütteten weite Strecken des Gemäuers, so daß Jahr für Jahr ein Kilometer nach dem anderen dem Sande zum Opfer fiel. Dazu kommt, daß die Chinesen den schweren Fehler begangen haben, das Land abzuholzen, was zur Folge hatte, daß die Wüste sich unaufhaltsam ins Innere verschiebt. Wenn diesem Fortschreiten nicht ein Ziel gesetzt wird, so entsteht die Gefahr, daß weite Landschaften unbewohnbar werden. Das einzige Mittel, dieser Gefahr zu begegnen, besteht darin, Bäume in einer Diale von einem Kilometer anzupflanzen. Mit Hilfe einer geeigneten Bewässerungsanlage würde man die neugeschaffene Wäldzone wieder urbar machen können.

Erster. Die erste Kaffeeplantage von 2850 Hektar. Befanntlich diente die Pflanzung als Verteidigungswall gegen die innerasiatischen Nomaden. Gegen die andauernden Angriffe der Naturgewalten erwies sie sich indessen als unzulänglich. Die Dünen, die der durch den Wind aus der Wüste Gobi herangeführte Sand bildet, schoben sich immer näher an die Mauer heran und verschütteten weite Strecken des Gemäuers, so daß Jahr für Jahr ein Kilometer nach dem anderen dem Sande zum Opfer fiel. Dazu kommt, daß die Chinesen den schweren Fehler begangen haben, das Land abzuholzen, was zur Folge hatte, daß die Wüste sich unaufhaltsam ins Innere verschiebt. Wenn diesem Fortschreiten nicht ein Ziel gesetzt wird, so entsteht die Gefahr, daß weite Landschaften unbewohnbar werden. Das einzige Mittel, dieser Gefahr zu begegnen, besteht darin, Bäume in einer Diale von einem Kilometer anzupflanzen. Mit Hilfe einer geeigneten Bewässerungsanlage würde man die neugeschaffene Wäldzone wieder urbar machen können.

Erster. Die erste Kaffeeplantage von 2850 Hektar. Befanntlich diente die Pflanzung als Verteidigungswall gegen die innerasiatischen Nomaden. Gegen die andauernden Angriffe der Naturgewalten erwies sie sich indessen als unzulänglich. Die Dünen, die der durch den Wind aus der Wüste Gobi herangeführte Sand bildet, schoben sich immer näher an die Mauer heran und verschütteten weite Strecken des Gemäuers, so daß Jahr für Jahr ein Kilometer nach dem anderen dem Sande zum Opfer fiel. Dazu kommt, daß die Chinesen den schweren Fehler begangen haben, das Land abzuholzen, was zur Folge hatte, daß die Wüste sich unaufhaltsam ins Innere verschiebt. Wenn diesem Fortschreiten nicht ein Ziel gesetzt wird, so entsteht die Gefahr, daß weite Landschaften unbewohnbar werden. Das einzige Mittel, dieser Gefahr zu begegnen, besteht darin, Bäume in einer Diale von einem Kilometer anzupflanzen. Mit Hilfe einer geeigneten Bewässerungsanlage würde man die neugeschaffene Wäldzone wieder urbar machen können.

beitsgemeinschaften-Politik. Brandler erhebt dann Vorwürfe gegen die Berliner Gewerkschaftskommission und das Ortsamt der U.A., die nach seiner Meinung während des letzten Vierteljahrs nichts getan hätten, die Not der Massen zu lindern. (Zuruf: Was hat denn die Betriebsräte-Zentrale in den letzten zwei Jahren getan?) Brandler versuchte dann, oftmals unterbrochen von den stürmischen Zurufen aus der Versammlung, den Nachweis zu erbringen, daß Moskau nicht die Absicht habe, die Amsterdamer Internationale zu sprengen. Sie beschäufte lediglich eine Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte. Wenn der Kampf gegen das internationale Kapital erfolgreich geführt werden soll, so müssen wir uns von der Hilferdingischen Ideologie frei machen. Diese Ideologie ist für die Arbeiterklasse gefährlicher als die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und die Drogel. Den Kampf zur Erringung des Sozialismus können wir nur führen im Bürgerkrieg. Vor diesem Bürgerkrieg und seinen letzten Konsequenzen hat sich das Proletariat bisher gedrückt. (Starker Widerspruch.) Brandler erklärte dann, daß die Rückständigkeit der deutschen Arbeiterklasse daran schuld sei, daß die Regierung Feindhänd, die auf schwächeren Füßen stehe als die zaristische, bevor sie von der Revolution hinweggefegt wurde, noch fest im Sattel sitze. Wir kommen aber schneller zu den entscheidenden Kämpfen, als mancher von euch glaubt. Er verweise auf den

bedrohenden Streik der Eisenbahner,

der sich zu einem politischen Entscheidungskampf auswaschen wird. Die R. A. P. D. sei von Moskau nicht als gleichberechtigte Partei in die Amsterdamer Internationale aufgenommen, sondern nur als sympathisierende Partei anerkannt worden sei. (Große Heiterkeit.) Wenn der Referent gesagt hat, die R. A. P. D. bestehe in ihrer Mehrheit aus Syndikalisten, Unionisten und Anarchisten, so sage ich, daß mir die immer noch lieber sind als die Hilferdinge und Breitschmidt. Gebe ein halbes Jahr vergangen sein wird, werden wir von allen Positionen in den Gewerkschaften Besitz ergriffen haben, und dann werden wir die jetzigen Führer herauskneifen. (Beifall.)

In der darauffolgenden Diskussion sprach ein Redner für Amsterdam, einer für Moskau. Nach kurzen Schlussworten der Referenten wurde die Resolution, die von den unabhängigen Mitgliedern der Drissverwaltung eingebracht war, mit etwa Zweidrittelmehrheit angenommen. Wir bringen den Wortlaut dieser Resolution wegen Raumangel in unserer folgenden Morgenausgabe.

Mit der Annahme dieser Resolution war eine von den Kommunisten eingebrachte Resolution, die sich für Moskau und gegen Amsterdam aussprach, gegenstandslos geworden. Es war sehr bezeichnend, welche Mittel von den Kommunisten angewendet wurden, um die Abstimmung über die Resolution zu verhindern. Der Führer der kommunistischen Fraktion zog einen Paragraphen des Ortsstatuts heran, wonach über die Abstimmung nur die Delegierten-Generalversammlung entscheiden könne. Brandler erklärte, über die Frage, ob Moskau oder Amsterdam, könne überhaupt keine Abstimmung entscheiden, sondern darüber solle in den Versammlungen entschieden werden. Der Bevollmächtigte Böse betonte demgegenüber, daß diese Frage in allen Mitgliederversammlungen ausgiebig besprochen werden soll, die endgültige Entscheidung über diese wichtige Frage könne jedoch nur durch Abstimmung vorgenommen werden. Mit dieser Auffassung erklärte sich die übergroße Mehrheit der Versammlung durch Annahme obiger Resolution einverstanden. Wie die Berliner Metallarbeiter, werden auch jetzt die Berliner Holzarbeiter Gelegenheit haben, zu beweisen, daß sie die Taktik der Gewerkschaftszersplitterung, wie sie von Moskau aus betrieben wird, ablehnen.

Groß-Berlin

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Das Landesarbeitsamt für Groß-Berlin schreibt:

„Das große Heer der Arbeitslosen vermehrt sich in letzter Zeit zusehends. Viel trägt dazu bei, daß das Baugewerbe infolge des Witterungswechsels Rohbau- und Außenarbeiten nicht ausführen kann. Innenbauten sind genügend vorhanden in den bewohnten Gebäuden, und liegen sich diese auch in der jetzigen Jahreszeit sehr gut erledigen. Zwecks Befreiung solcher Arbeiten stehen dem Landesarbeitsamt für den Bezirk Groß-Berlin, Abteilung „Arbeitsbeschaffung“ 9,6 Millionen Mark zur Verfügung. Jeder Antragsteller, der diese Arbeiten mit Arbeitslosen ausführt, erhält auf Antrag pro Arbeiter und Tag 24 bis 33 Mark Zulohnung, der nicht zurückgezahlt werden braucht. Anträge auf Begünstigung sind an die „Abteilung Arbeitsbeschaffung“, Löhmannstr. 14, 1. Telefon: Kollendorf 4420/24 zu richten. Dem Antrage ist beizufügen ein Kostenschlag, aus dem hervorgeht die Gesamtzahl der benötigten Arbeitskräfte für die auszuführenden Arbeiten und die Gesamtkosten. Die Prüfung der Anträge erfolgt umgehend, und kann nach stattgehabter Prüfung mit der Ausführung sofort begonnen werden. Die Auszahlung des Zulohnunges geschieht schnellstens durch die Abteilung „Arbeitsbeschaffung“ nach Fertigstellung der Arbeiten. Begünstigt werden sämtliche vorkommenden Renovierungsarbeiten in und an allen Häusern, auch Hof- und Trottoirarbeiten. Die Grundstücke müssen im Bezirk des neuen Groß-Berlin liegen. Im volkswirtschaftlichen Interesse liegt es, daß die Gebäude bzw. Wohnungen vor dem Verfall

Ausgeschrieben!

10 000 Mark
An die
Druckfache
Hauptexpedition der „Freiheit“
Berlin 62
Breite Straße 8-9

Schnitzers Reigen vor Gericht

Vor einer Zivilkammer des Landgerichts 3 kam gestern der Prozeß der Staatlichen Musikhochschule gegen die Direktion Eysoldt-Slabel wegen der angeblichen Unfähigkeit von Schnitzers „Reigen“ zur Verhandlung. Wir haben uns hier mit dem sonderbaren Kampf, den die Musikhochschule führt, schon mehrfach befaßt und konnten feststellen, daß die angebliche Unfähigkeit des „Reigen“ nur gerichtlich festgestellt werden soll, damit sich die Musikhochschule den Saal, der jetzt Frau Eysoldt gehört, zurückerobern kann. Da der Vertrag die Aufführung „unfähigkeit“ Stücks ausschließt, würde die gerichtliche Feststellung der Unfähigkeit des „Reigen“ der Hochschule die Handhabe bieten, den Vertrag zu lösen.

Zur Verhandlung erschien die Hochschule für Musik mit dem Gutachten zahlreicher Stillschickungsapostel. Darunter befanden sich Nazimilian Varden, durch dessen Eulenburg-Prozesse die deutsche Stillschickung bekanntlich sehr gefördert wurde, Professor Roethe, der Abenteurer Kunstbanau Deutschlands, Leopold Zehner, der bekanntlich ein Angestellter des klagenden Kultusministeriums ist, Julius Sab, der seit 25 Jahren mit rührender Beharrlichkeit stets aufs fassliche Pferd gesetzt hat, und Tilla Durieux, die sich in ihrem Gutachten hoffentlich auch darüber ausgesprochen haben wird, warum sie den „Reigen“ für unstatilicher als die homöopathische „Freundin“ von Sudermann, in der sie schon etwa 75 mal aufgetreten ist, hält. Die Direktion Eysoldt-Slabel hatte fernerweise als Gutachter nur Professor Alszed Kazar in Anspruch genommen, der als der gemäßigteste Berliner Kritiker für keine schlechte Sache zeugen könnte. Selbstverständlich wäre es den Beklagten auch sehr gefallen, ein Gutachten mit den 50 besten deutschen Namen zusammenzubringen.

Ein Vergleich kam nicht zustande, da sich die Direktion Eysoldt-Slabel dazu verstehen sollte, den „Reigen“ nur 2 Monate zu spielen und den Nachvertrag ein Jahr früher aufzulösen. Darauf gingen die Beklagten selbstverständlich nicht ein. Denn schlimmeres kann auch der vorletzte Prozeß nicht bringen. Das Gericht wird zunächst eine Vorstellung des „Reigen“ besuchen und Donnerstag vormittag das Urteil fällen.

Die vom Sand verschüttete chinesische Mauer. Der Amerikaner H. G. Clapp, der mit zwei Pansensenten in den letzten Jahren die große chinesische Mauer in ihrer ganzen Ausdehnung befaßt hat, gibt in der „Geographical Review“ eine ausführliche Schilderung dieses berühmten, an der Nordgrenze Chinas errichteten Schutzwalls. Danach ist das größte Verteidigungswerk der Welt ungefähr länger, als man bisher angenommen hatte. Nicht doch die Hauptmauer in der Länge 3450 Kilometer, und die Abzweigungen

